Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.
Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden von 12—1 Uhr.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 10. April 1884. Nr. 171.

Deutschland.

Berlin, 9. April. In der am vergangenen Sonntag stattgefundenen Sitzung des Staatsministeriums soll, wie verlautet, auch die Frage der Reaktivirung und Umgestaltung des preußischen Staatsraths zu eingehender Erörterung gelangt sein. Bekanntlich war davon schon vor Monaten die Rede. Aus vielfachen Erörterungen des Gegenstandes wurde zuletzt von der „Po.-Korr." der Schluß gezogen, daß es sich nur um eine berathende, wesentlich technische Mitwirkung des — als berathende Behörde noch zu Recht bestehenden — Staatsraths bei der Gesetzgebung handeln könnte. In welchem Zusammenhang eine darauf gerichtete Wiederbelebung des Staatsraths mit dem beabsichtigten Ausscheiden des Fürsten Bismarck aus dem Staatsministerium stehen könnte, ist schwer abzusehen. Zur Uebertragung einer anderen Kompetenz, welche jetzt dem Staatsministerium zusteht, auf den Staatsrath würde eine Verfassungsänderung erforderlich sein.

— In der „Elb. Ztg." wird der Wortlaut der sächsischen „Anregung" betreffs der Frage des verantwortlichen Bundesministeriums und der dazu abgegebenen Erklärung Würtembergs mitgetheilt. Die erstere lautete:

„Das durch die Zeitungen veröffentlichte Programm der neugebildeten „deutschen freisinnigen" Partei bezeichnet als eines der von der Partei vorzüglich zu erstrebenden Ziele: die gesetzliche Organisation eines verantwortlichen Reichsministeriums. Bereits bei Berathung der Verfassung des norddeutschen Bundes in der 19. Sitzung des konstituirenden Reichstags vom 26. März 1867 und bei Berathung des auf Errichtung verantwortlicher Bundesministerien gerichteten Antrags der Abgg. Twesten und Graf Münster in der 20. Sitzung des norddeutschen Reichstags vom 16. April 1869 ist von Seiten der Vertreter der verbündeten Regierungen und insbesondere dem damaligen Reichskanzler Fürsten v. Bismarck der Nachweis geführt worden, daß die Einrichtung eines kollegialen verantwortlichen Bundesministeriums mit der verfassungsmäßigen Stellung des Bundesraths als des beschließenden Organs der verbündeten Regierungen unvereinbar ist und mit den von den Regierungen vertragsmäßig vereinbarten Grundlagen, auf welchen die Reichsverfassung beruht, in unlösbarem Widerspruch steht. Seit jener Zeit sind direkte Anträge auf Schaffung eines verantwortlichen Reichsministeriums zwar im Reichstage nicht wiederholt worden. Nachdem jedoch die numerisch stärkste Fraktion des Reichstags die Organisation eines verantwortlichen Reichsministeriums ausdrücklich zu einem wesentlichen Theil ihres Programms gemacht hat, steht zu erwarten, daß bei den nächstbevorstehenden Wahlen zum Reichstage die Agitation ganz besonders auf diesen Zielpunkt hin gerichtet werden wird. Nach Ansicht der königlich sächsischen Regierung kann zwar kein Zweifel darüber bestehen, daß die verbündeten Regierungen zu einer Aenderung der Reichsverfassung, wie sie durch die Errichtung eines verantwortlichen Reichsministeriums bedingt sein würde, nicht die Hand bieten werden. Angesichts der Wahlen aber hält dieselbe für dringend wünschenswerth, daß das Vertrauen zur Festigkeit und Unwandelbarkeit der vertragsmäßigen Grundlage der Reichsverfassung durch eine gemeinsame Willenserklärung der verbündeten Regierungen gestärkt werde, und ist der Bevollmächtigte für Königreich Sachsen daher beauftragt, einen Meinungsaustausch im Bundesrath über diesen Gegenstand anzuregen."

Der würtembergische Bevollmächtigte sagt darauf:

„Darüber, ob der Bundesrath Veranlassung zu einer Willenserklärung über den Gegenstand habe, wolle er sich noch nicht bestimmt aussprechen; für sehr wünschenswerth aber würde er halten, daß Instruktionseinholung und Besprechung auf der Grundlage eines bestimmten Antrages erfolgen; wenn die königlich sächsische Regierung einen solchen ihrer Erklärung anzufügen nicht in der Lage sei, stelle er folgenden vorläufigen Antrag: Es wolle nach dem von dem königlich sächsischen Bevollmächtigten angeregten vorgängigen Meinungsaustausch konstatirt werden, daß bezüglich der Errichtung eines verantwortlichen Reichsministeriums in den Anschauungen der verbündeten Regierungen, wie sie früher dahin kundgegeben wurden, auf jene Errichtung mit den Grundlagen der Reichsverfassung, insbesondere der verfassungsmäßigen Stellung des Bundesraths unvereinbar sei, eine Aenderung nicht eingetreten sei."

— Die seit 1880 bei uns stattfindende Ausbildung der Ersatz-Reserve läßt die Franzosen nicht ruhig schlafen, weil hierdurch die deutsche Armee bereits einen Stärkezuwachs erhalten hat, durch den sie der französischen Armee gegenüber eine numerische Ueberlegenheit von etwa 100,000 Mann gewonnen hat. Die Franzosen haben nämlich berechnet, daß Deutschland bei einer Mobilmachung im Stande sei, eine in jeder Beziehung militärisch ausgebildete Armee von 2,650,000 Mann aufzustellen, der gegenüber Frankreich nur 2,550,000 Mann aufzubringen vermag. Hiervon würden zur aktiven oder der eigentlichen Feldarmee, einschließlich der Reserven, 1,278,000 Mann gehören; die Territorialarmee würde 612,500, die Territorialreserve 660,000 Mann umfassen. Es wird ferner ausgeführt, daß die Stärke der deutschen Armee durch die fortgesetzte Ausbildung von Ersatz-Reserven auch fortdauernd einen entsprechenden Zuwachs gewinnt, während die französische den gleichen Bestand behält. Darum wird vorgeschlagen, die nach dem Rekrutirungsgesetz von der Ableistung der Militärdienstpflicht Dispensirten künftig auch zu einer Instruktions-Dienstleistung einzuziehen; das Jahreskontingent derselben würde etwa 55,000 Mann betragen.

— Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat den Staats-Eisenbahn-Direktionen unterm 29. v. M. die Bestimmungen wegen Uebertragung der Befugniß zur selbstständigen Festsetzung der gesetzlichen Wittwen- und Waisengelder an die ihnen nachgeordneten Behörden zur Kenntnißnahme mitgetheilt. Hinsichtlich der Berechnung der pensionsfähigen Amtszeit wird dabei noch unter Anderm bemerkt:

Sofern die „Hülfsfunktionäre" bei den älteren Staatsbahnen Mitglieder der Beamten-Pensions- und Unterstützungskassen gewesen sind, ist anzunehmen, daß den betreffenden Personen während der ganzen Zeit ihrer Mitgliedschaft die Eigenschaft unmittelbarer Staatsbeamten zugestanden hat, weshalb die in Betracht kommende Zeit als pensionsberechtigte Staatsdienstzeit anzusehen ist. Die Vorschrift des § 14 Nr. 4 des Pensionsgesetzes findet auf die Dampfmaschinenwärter, Lokomotivheizer, Wagenmeister, Werkmeister, Telegraphen-Aufseher und Bahnmeister keine Anwendung, da die Ausbildung, welche die erwähnten Beamten vor ihrer Zulassung zu der Prüfung erlangt haben müssen, als eine „technische" im Sinne des Pensionsgesetzes nicht anzusehen ist. Ebensowenig wird den nach dem Erlasse vom 2. Oktober 1878 geprüften Telegraphen-Inspektoren die Zeit nicht angerechnet, während deren sie in einer Telegraphen-Bauanstalt oder bei einem Mechaniker gearbeitet haben. Dagegen ist es unbedenklich, den betreffenden Telegraphen-Inspektoren die vorgeschriebene Zeit ihrer Funktion als Telegraphisten und bei einem Telegraphen-Inspektor der Staatsbahnverwaltung in Anrechnung zu bringen. Desgleichen steht den auf Grund des Erlasses vom 22. Dezember 1880 geprüften technischen Eisenbahnsekretären ein Anspruch auf Anrechnung der vorgeschriebenen Zeit praktische Beschäftigung vor der Anstellung zu.

— Die „Prov.-Korr." schließt einen Artikel über die Verlängerung des Sozialistengesetzes:

Auf Winkelzüge und halbe Maßregeln werden die verbündeten Regierungen sich ebenso wenig einlassen wollen, wie die gesund gebliebenen und nüchternen Elemente unseres Volkes. Handelt es sich doch in Wahrheit um die Erreichung eines positiven Zweckes, nämlich um die Erhaltung der Bedingungen, unter denen die Durchführung der begonnenen Sozialreform allein möglich ist. Den Gegnern dieser Reform mag es passend erscheinen, einer unliebsamen Frage für den Augenblick aus dem Wege zu gehen und auf dieselbe nach Jahresfrist wieder zurückzukommen. Da, wo man zur Fortführung des Reformwerks entschlossen ist, wird man die Sache dagegen aus größeren Gesichtspunkten beurtheilen, und von einer kurzen, sachlich unzureichenden Fristverlängerung nichts wissen wollen.

— Der Kaiser empfing gestern Nachmittag halb 5 Uhr noch den Besuch des Kronprinzen, worauf beide Majestäten das Diner gemeinsam mit dem Erbgroßherzog von Baden einnahmen. Ueber den Verlauf der verflossenen Nacht und das Befinden des Kaisers erfährt man, daß der erste Theil der Nacht durch später beseitigte Unterleibsbeschwerden zwar gestört war, daß derselbe aber, nachdem diese gehoben, jedoch ziemlich gut geruht habe und heute das Befinden des Kaisers durchaus befriedigend sei.

— Je länger der „Ochsenkrieg" zwischen Ungarn und Oesterreich dauert, um so befestigter wird in dieser Frage die Position der österreichischen Regierung; was langjährige politische Kämpfe nicht vermocht haben, das brachten in kurzer Zeit die über jedes Ziel hinausgehenden ungarischen Rodomontaden zu Stande. In Wien hat man anerkannt, daß das Vorgehen der Regierung lediglich die Interessen der unter der Theuerung aller Bedürfnisse ohnehin seufzenden Reichshauptstadt wahrzunehmen bezweckt und unterstützt dasselbe daher nach Kräften. Die „Vorstadt-Ztg.", ein Organ, welches der Stimmung der Wiener Bevölkerung am genauesten zu folgen und ihr Ausdruck zu geben versteht, springt der Regierung wie folgt bei:

„Unserer Regierung, zu deren Anhängern man uns kaum zählen dürfte, können wir versichern, daß sie, wenn sie fest bleibt, auf die Unterstützung der gesammten Wiener Bevölkerung rechnen darf. Man möge mit den Ungarn unterhandeln und ihnen jedes billige Zugeständniß machen, doch den vitalen Interessen Wiens nichts vergeben. Wir wollen doch sehen, ob es bereits so weit gekommen ist, daß einiger ungarischer Fleischwucherer wegen die von der Theuerung ohnehin schon schwer bedrückte Reichshauptstadt einen Schaden erleiden muß."

Geringerer Zustimmung erfreut sich der Gemeinderath. Man verdenkt es demselben in der Bevölkerung, daß er nun schon zu wiederholten Malen durch seine Lässigkeit es dahin gebracht, daß die Regierung über den Kopf des Organs der Selbstverwaltung eingreifen und die Interessen der Einwohnerschaft wahrnehmen mußte, wie neulich bezüglich der Tramwaypreise, so jetzt in der Schlachtviehfrage. Obwohl letztere nun schon seit längerer Zeit die Gemüther erregt, hat die Approvisionirungs-Sektion des Magistrats doch erst am Montag ein Lebenszeichen gegeben und eine Fleisch-Enquete veranlaßt, zu der sie Vertreter der Viehmäster und Repräsentanten der Wiener Fleischhauer-Genossenschaft eingeladen hatte. Die Zusammensetzung der Enquete ließ voraussehen, daß sie kein Resultat ergeben würde. Die Sachverständigen erklärten sich gegen jede Aenderung des vor dem Statthalterei-Erlaß bestehenden Zustandes und verwarfen die neue Marktordnung. Zur Klärung der Sachlage hat die Enquete nichts beigetragen.

— Der Sturm, welchen der vor dem norwegischen Reichsgericht geführte Ministerprozeß heraufbeschworen hat, grollt in den beiden vereinigten Königreichen immer noch nach. Die sämmtlichen Höchstengerichtsassessoren haben unmittelbar nach Abschluß des Prozesses der Regierung einen Antrag zugestellt, worin dieselbe ersucht wird, in Erwägung zu ziehen, ob die bisher geltende Bestimmung über geheime Votirung im Reichsgerichte nicht abgeschafft werden müßte. Sie weisen darauf hin, daß jene Bestimmung ein ziemlich veraltetes Datum trägt, daß geheime Votirung schon vor langer Zeit beim Höchstengericht abgeschafft sei, und daß das öffentliche Leben Norwegens sich überhaupt in den letzten Dezennien in ganz anderer und neuer Art und Weise gestaltet habe.

Ein weiteres Nachspiel bildet ein Preßprozeß, welcher am Donnerstag vor dem Rathhausgericht zu Stockholm gegen den Redakteur des „Fädrelandet" begonnen hat. Der Angeklagte hat für seine Behauptung, daß schwedische Offiziere dem Könige zu Gewaltmaßregeln gegen Norwegen gerathen haben, auf Verlangen des Staatsprokurators den Beweis der Wahrheit angetreten und als Zeugen vierzehn Offiziere genannt. Der Staatsprokurator erhob hiergegen Widerspruch, da Niemand verbunden sei, gegen sich selbst zu zeugen. Der Angeklagte protestirte aber dagegen, da ihm der einzige Weg, die Wahrheit seiner Behauptung darzuthun, abgeschnitten werde; das Gericht entschied denn auch, daß die Vernehmung der Offiziere als Zeugen nicht verweigert werden dürfe, und beraumte zu diesem Zwecke einen neuen Termin zum 20. d. Mts. an. Eine Intervention der Militärbehörden ist nicht möglich, weil in Friedenszeiten das gesammte Militär den Zivilgerichten unterstellt ist.

— Der Konflikt, welcher anläßlich der Berathung des Gesetzentwurfes über die Pariser Munizipalwahlen zwischen dem Senate und der Deputirtenkammer entstanden ist, wird zu neuen Angriffen gegen den Senat Anlaß bieten. Beabsichtigen die Opportunisten doch mit der Einführung des Listenskrutiniums für die Munizipalwahlen den Feldzug für den gleichen Wahlmodus bei den Deputirten-Wahlen einzuleiten. Dieser Plan ist nun aber vereitelt worden. Der Senat nahm zwar ein Amendement an, nach welchem die Wahlen in jedem Pariser Arrondissement mittelst des Listenskrutiniums erfolgen sollen, lehnte jedoch den Gesetzentwurf im Ganzen mit großer Stimmenmehrheit ab. Andererseits ging das Verlangen der Radikalen dahin, größere Wahlbezirke als die einzelne Arrondissements zu bilden, so daß eine Einigung zwischen den beiden parlamentarischen Körperschaften von Anfang an ausgeschlossen erschien. Der Senator Labiche, der nicht blos ein hervorragender Lustspieldichter, sondern auch ein ernsthafter Politiker ist, wies im Einzelnen die Uebelstände nach, welche sich aus dem von der Deputirtenkammer beschlossenen Wahlmodus für den Pariser Gemeinderath ergeben würden, der immer mehr zu einem ultraradikalen Stadtparlament werden mußte. Ist es doch in der That ausgeschlossen, daß jeder Pariser Wähler in der Lage ist, sämmtliche achtzig Kandidaten für den Gemeinderath oder auch nur den vierten Theil derselben ihrem Wirken nach genauer zu kennen. Deshalb bot eine gemeinschaftliche Liste für ganz Paris oder selbst vier Listen für die neuzubildenden vier großen Bezirke die Gefahr, daß die Wahlen durch ein Komitee zentralisirt und im radikalen Sinne ausgebeutet würden. Andererseits wären Wahlen für jedes Arrondissement minder bedenklich, da hier die Wähler eher in Beziehungen zu den Kandidaten treten und deren Qualifikation durch eigene Wahrnehmungen konstatiren können, zumal hier nur je vier Kandidaten durch dieselbe Liste gewählt werden sollten. Da jedoch dieser Ausweg ebenfalls gescheitert ist, wird das bisherige Wahlsystem beibehalten, nach welchem jedes Quartier — jedes Arrondissement von Paris umfaßt vier Quartiere — einen besonderen Vertreter in den Munizipalrath entsendet. Die am 7. Mai bevorstehenden Wahlen werden also lediglich auf Grund der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen erfolgen. Der „Nat.-Ztg." wird aus Paris, 8. April gemeldet:

Während die Radikalen über das gestrige Senatsvotum sehr erzürnt sind, nehmen die gemäßigteren republikanischen Blätter dasselbe ruhig auf. Nach der Geschäftsordnung kann derselbe Antrag auf Aenderung des Wahlmodus für den Pariser Gemeinderath erst nach sechs Monaten wieder eingebracht werden. Die Ultraradikalen, welche schließlich gemeinsam mit der Rechten das ganze Gesetz zum Falle brachten, erklären, daß sie dies vorgezogen haben, nachdem das Listenskrutinium für größere Wahlbezirke der Hauptstadt vom Senate abgelehnt worden war.

— Der angeblich internationale Sozialisten-Kongreß zu Roubaix hat eine tolle Schlußszene erlebt, trotzdem Frau Mink und Herr Guesde, die eine Gastvorstellung in Gent gaben, nicht mitwirkten. Dem „Berl. Tagebl." wird aus Paris darüber berichtet:

Etwa 1500 Personen waren anwesend, und diesmal waren die „Bourgeois" in der Mehrheit. Der Citoyen Forgent aus Lyon präsidirte. Er faßte die Beschlüsse des Kongresses in einer farblosen Rede zusammen. Auf diese antwortete Deschamps, ein Bourgeois. Er nennt die Delegirten des Kongresses Schwindler, die ohne zu arbeiten auf Kosten der Arbeiter leben. Diese Worte entfesseln natürlich einen Höllenlärm. Deschamps wird von den Revolutionären, die auf ihn einstürmen, zu Boden gerissen, seine Freunde kommen ihm zu Hülfe. Der Lärm dauert wohl 15 Minuten, und endlich kommt Deschamps wieder auf die Beine und sogar zu Worte. Unentwegt fährt er in seiner Rede fort, die er mit dem Ruf schließt: „Es lebe Frankreich, es lebe die Armee!" ein Ruf, der mit lang anhaltenden Beifallssalven begleitet wird. Die Bourgeois bringen dem muthigen Redner eine vollständige Ovation. Die Sozialisten singen die Carmagnole und „Ca ira". Der Lärm wird unbeschreiblich. Stöcke, Fäuste, Regenschirme heben und senken sich regelmäßig. Das Gedränge nimmt die beängstigendsten Dimensionen an. Endlich kommt die Gendarmerie und verhaftet zehn Personen. Das war der würdige Schluß des internationalen Sozialisten-Kongresses.

Trauriger als dieser noch verläuft für die betheiligte Arbeiterwelt die Arbeitseinstellung im Kohlenbecken zu Anzin, dieselbe nimmt einen immer schlimmeren Charakter an. Die Polizei macht Jagd, und leider ergiebige Jagd auf geheim gehaltenes Dynamit und Pulver. Die Streikenden sprengen die Häuser ihrer arbeitenden Kollegen in die Luft. In Wallers sind Plakate angeklebt mit den Worten: „Tod Denjenigen, welche arbeiten, wir kennen sie! Es lebe die soziale Revolution!" Mit der Arbeits-Einstellung haben die Bergleute an Löhnen ca. 2 Millionen Francs verloren. Es ist eine Thorheit, den Streik fortzusetzen. Der Aufruf, in anderen Kohlendistrikten die Streiks einzustellen, ist ohne Erfolg geblieben. Die um ihre Familien besorgten Arbeiter fangen an, nach den Gruben des Calais-Distriktes auszuwandern.

Ausland.

Wien, 7. April. (F.-B.) Heute hat unser **Kronprinz** Erzherzog Rudolf die Sitzung des hier zum ersten Male zusammentretenden ornithologischen Kongresses eröffnet, und die Rede, welche er als Protektor des durch seine Initiative zusammenberufenen Kreises internationaler Fachmänner gehalten, wird gewiß ebenso, wie die denkwürdigen Worte, die er bei Eröffnung und am Schlusse der elektrischen Ausstellung gesprochen, nicht allein bei uns eine begeisterte, dankbare Aufnahme, sondern auch weithin, in allen Theilen der zivilisirten Erde Wiederhall finden. Die kurze, aber eminent gehaltvolle Rede, welche aus dem Munde des Kaisersohnes kam, ist zur Stunde bereits allgemein bekannt und wird überall, wo wahre, treffliche Worte auf empfänglichen Boden fallen, die lebhafteste Befriedigung hervorrufen. Es thut wohl und hebt den Muth, wenn in einer Zeit, da plumpe Verdächtigungen und Verunglimpfungen der gründlichsten Arbeiten der Forscher auf dem weiten Felde der Wissenschaft, namentlich der Naturwissenschaften, sich auf dem Markte und den Straßen des öffentlichen Lebens breit machen dürfen, in einfacher, vornehmer Sprache, mit edler Bescheidenheit und mit unzweideutiger Bestimmtheit die „klaren realen Thesen der Naturwissenschaften, die Erforschung der Naturgesetze, die Nutzbarmachung der Naturkräfte" als die Errungenschaften verkündet werden, welche „diesem Jahrhundert ihren Stempel aufgedrückt haben." Wie wohlthuend hebt sich diese ernste, würdige Auffassung der Aufgaben und Ziele der Wissenschaft von dem unverständigen, unvergohrenen Gefasel ab, womit unberufene Volksbeglücker die Wissenschaft, die freie Forschung, die Aufklärung und den Fortschritt als bequeme Schlagworte mißbrauchen, um ihrer Gedankenlosigkeit, ihrer Unwissenheit ein schillerndes Mäntelchen umzuhängen oder da, wo im Streite der Prinzipien und der Meinungen die Begriffe fehlen, ein leichtgläubiges oder indifferentes Publikum durch glitzernde Phrasen zu verblüffen. Wie schlägt, nach der andern Seite hin, der Satz, daß unter dem Zeichen der wahren, weil wissenschaftlichen Aufklärung die Forschung auf welchem Gebiete immer siegen werde, gleich einem zündenden Blitz in die Winkel ein, wo man unermüdlich als die neue, menschenerlösende Botschaft predigt, daß, je dunkler es in den Köpfen ist, desto heller es in der Welt wird.

Kronprinz Rudolf hat aber nicht allein durch sein bisheriges Streben und Schaffen glänzende Bürgschaften dafür geboten, daß die Worte, mit denen er die Wissenschaft und ihre die wahren Interessen der Menschheit fördernden Leistungen feiert, seiner inneren Ueberzeugung entströmen, daß er mehr als ein bewährter Sportmann auf jedem Gebiete des ernsten aufgeklärten Denkens ist, sondern er kann auch mit vollem Rechte die Anerkennung beanspruchen, daß er auf dem Felde der Ornithologie weit über seine Lebensjahre hinaus vielseitige Erfahrungen und gründliche Studien gemacht hat. Er will in übergroßer Bescheidenheit nicht zugeben, daß er mehr als ein Dilettant sei, der nur sammle und forsche; er erklärt, daß ihm manche Kenntnisse fehlen, um in den Kreis der höheren Fachmänner aufgenommen zu werden. Der glänzende Empfang, den ihm die aus allen zivilisirten Ländern hier eingetroffenen Meister ersten Ranges zu Theil werden ließen, bezeugt nicht nur, wie hoch sie die Ehre zu schätzen wissen, an der Spitze ihres kosmopolitischen Kongresses den Sohn und dereinstigen Nachfolger unseres erhabenen Souveräns zu sehen, sondern er legt auch Zeugniß ab für das Vertrauen und die Anerkennung, deren der junge Kronprinz durch seine Beobachtungen und Veröffentlichungen sich heute schon in der ornithologischen Welt erfreut. Nach so vielen Kongressen, welche die Spezialität der Neuzeit bilden, wird der erste ornithologische Kongreß, dem Wien eine gastliche Aufnahme bereitet, gewiß keiner der am wenigsten hervorragenden und gemeinnützigen sein. Es werden bestimmte Aufgaben gestellt und gewiß auch gelöst oder zum mindesten wesentlich gefördert werden, welche von hoher allgemeiner Bedeutung sind. So vor Allem der internationale Vogelschutz und die Hebung der Geflügelzucht. Es wird von dem jetzt tagenden Kongresse ein Gebiet betreten werden, das bis jetzt nur durch die vereinzelten Forschungen praktischer und theoretischer Fachmänner durchstreift war. Die gegenseitige Verständigung über rationellere Behandlung verschiedener, unsere wirthschaftlichen Verhältnisse berührender ornithologischer Fragen, der persönliche Verkehr so vieler weit und breit über den Erdball zerstreuter Forscher, der Austausch der Ideen von heute und die richtige Vertheilung der Beobachtungen für später: sie werden diesem Kongreß eine ehrenvolle Stellung in der Legion der zeitweilig zusammentretenden Kongresse sichern und die Aera eines fruchtbringenden Zusammenwirkens der Koryphäen der ornithologischen Wissenschaft eröffnen.

Kronprinz Rudolf, durch dessen Initiative der Kongreß zu Stande kam und unter dessen Auspizien er zum ersten Male tagt, hat ein Werk in Angriff genommen, das er gewiß auch mit schönstem Erfolge durchführen wird. Die Männer vom Fach werden die hohen Verdienste des „erhabenen Protektors der Vogelwelt", wie ihn in seiner schwungvollen Rede der aus der Wahl hervorgegangene Kongreß-Präsident feierte, im vollsten Maße würdigen. Wir aber, die wir den ornithologischen Kreisen anzugehören nicht die Ehre haben, dürfen ihm den aufrichtigsten Zoll unserer Verehrung und Dankbarkeit für die gediegenen, mannhaften Worte ausdrücken, durch welche das Herz der Ornithologen, wie der Nichtornithologen wahrhaft erfreut und gehoben ward. Die heutige Rede wird uns als freundlicher Stern durch Dunkel und Drangsal geleiten und uns Kraft und Muth zur Ausdauer verleihen, wenn es gilt, sich über die Plattheit und Jämmerlichkeit so mancher Kapuzinaden hinwegzusetzen.

Petersburg, 6. April. Der Bevorzugung der Ausländer in Rußland bei allerlei industriellen, technischen und dergl. Unternehmungen wenden die „Mosk. Wed." ihre Aufmerksamkeit zu, veranlaßt hierzu durch die Konkurrenz, in die in Moskau die Bell-Telephon-Kompagnie mit einem russischen System tritt. Dabei verweist das Blatt auf Deutschland, das in dieser Beziehung die nationalen Interessen ganz anders zu wahren wisse, während in Rußland alle möglichen Privilegien eingeräumt, russische Unternehmungen aber auf jede Weise bedrückt würden. Zur Illustrirung dieser Sachlage werden Beispiele aus alter und neuer Zeit zitirt.

„So legte Baron Schilling bereits im Jahre 1834 im Admiralitätsgebäude den ersten Telegraphen an, der den Kaiser Nikolai vollständig befriedigte. Aber die vom Kaiser eingesetzte Kommission zur Prüfung des Gedankens unseres russischen Erfinders, eine Telegraphenleitung zwischen Petersburg und Peterhof anzulegen, erblickte hierin nur eine spaßige Schnurre. Doch Baron Schilling hatte die Unvorsichtigkeit, seine „Schnurre" einem Kongreß deutscher Naturforscher in Bonn vorzulegen. Der Engländer Cook erhielt davon im Jahre 1834 Wind, baute zwei Jahre später in England Telegraphen und bot auch unserer Regierung die Schilling'sche Erfindung als seine eigene zur Ausführung und Privilegirung an. Interessant ist's, daß dieser Vorschlag nur deshalb keinen Erfolg hatte, weil der „Schriftenwechsel hierüber sich zu lange hinzog". Hierauf verbesserte der Amerikaner Morse das Schilling'sche System und erhielt hierfür in Paris 1858 eine internationale Prämie von 400,000 Francs. Baron Schilling aber starb 1837, von Krankheit gebrochen und unbekannt, während Cook und Genossen die Helden des Tages waren. Natürlich — Schilling war ganz im Unrechte in diesem Falle, denn er war ja ein Russe."

Ferner weist das Blatt auf Jablochkow's elektrisches Licht hin, das in Rußland erst dann approbirt wurde, als es bereits im Auslande in Gebrauch kam.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 10. April Die Geschäftsbedingungen der Bankiers in Bezug auf die von ihnen für ihre Kommittenten an der Börse vorgenommenen Geschäftsoperationen enthalten meist unter anderen Bestimmungen auch die folgende Bestimmung: „für laufende Engagements dürfen wir jederzeit Unterpfand, resp. Erhöhung des bereits gestellten verlangen und, falls unserer Aufforderung nicht Folge geleistet wird, ohne gerichtliches Verfahren deren sofortige Lösung für Rechnung der Kommittenten vornehmen." Diese im Interesse des Bankiers formulirten Bedingungen werden von den Kommittenten durch ihre Namensunterschrift acceptirt. Oft tragen vorsichtige Kommittenten Bedenken, die Abwickelung ihrer Börsengeschäfte ganz und gar dem freien Ermessen ihrer Bankiers zu überlassen und sie werden dadurch nur zur Unterschrift ihres Namens bewogen, daß der Bankier verspricht, es werde mit den Bedingungen nicht „so streng" genommen. In Bezug auf diese Geschäftspraxis hat das Reichsgericht, I. Zivilsenat, durch Urtheil vom 12. Dezember 1883 ausgesprochen, daß die Rechtsverbindlichkeit jener Geschäftsbedingungen in ihrem vollen Umfange durch die Beschwichtigung des Bankiers, es werde nicht „so streng" genommen, nicht ohne Weiteres aufgehoben werde, daß aber überhaupt jene oben zitirte Bestimmung die Abwickelung der laufenden Engagements nicht völlig der Willkür des Bankiers unterwirft. Allerdings ist nach der oben angeführten Bestimmung das Verlangen eines Unterpfandes resp. einer Vergrößerung desselben lediglich dem subjektiven Ermessen des Bankiers überlassen, es wird aber dadurch eine gerichtliche Nachprüfung, ob der Bankier zur Ausübung des ihm eingeräumten Rechts sachlich Veranlassung gehabt hat, insbesondere ob er dabei durch eine rein willkürliche, gänzlich ungerechtfertigte Nachforderung der Verstärkung des Depots dolose gehandelt hat, nicht ausgeschlossen.

— Der Pianoforte-Fabrikant Carl René hatte sich in der „Fränkischen Zeitung" (Ansbach) unter einer Annonce „Hof-Lieferant" genannt. R. erhielt deshalb von der königl. Polizei-Direktion hier ein Strafmandat in Höhe von 70 Mark, weil ihm damals nur die Berechtigung zustand, sich als Hoflieferant J. K. Hoh. der Prinzessin Friedrich Karl zu bezeichnen. Gegen dies Strafmandat trug R. auf richterliche Entscheidung an, erschien jedoch in dem gestern vor dem Schöffengericht angesetzten Termin nicht, weshalb der Einspruch verworfen und R. zur Zahlung der ihm durch Mandat auferlegten Strafe verurtheilt wurde.

— Nach einem zwischen Magistrat und Polizeidirektion getroffenen Abkommen soll, wie die „N. St. Ztg." hört, demnächst zur Transportirung der von den Hundefängern aufgegriffenen Hunde ein Wagen beschafft werden, der zu dem gedachten Zweck mit besonderen Vorrichtungen versehen ist; auch soll das Aufgreifen der Hunde in Zukunft unter spezieller Aufsicht eines Schutzmannes erfolgen. Diese Maßnahmen dürften geeignet sein, den bisher nach dieser Richtung hin vielfach laut gewordenen Klagen vorzubeugen.

— Der durch seine mimisch physiognomischen Darstellungen bekannte Komiker Ernst Schulz, der vor mehreren Jahren auch in unserer Stadt mit seinen Soireen bedeutende Erfolge erzielte, wird auf seiner Rückreise von Rußland hier in nächster Zeit mehrere Vorstellungen veranstalten. In Petersburg, Moskau und Riga, wo er sich zuletzt aufhielt, fand er überall die beifälligste Aufnahme.

— (Theater.) Seltsam ist's, daß gerade in dem Jahrhundert mächtigsten Fortschreitens in allen Gebieten menschlichen Wissens und Könnens sich auf dem Felde der dramatischen Kunst eine Reaktion vollziehen mußte, die uns recht eigentlich in die Epoche der Wandertruppen und damit zu den Anfängen deutschen Bühnenwesens überhaupt zurückzuführen scheint. Und doch bezeichnet auch diese scheinbare Reaktion einen bedeutenden Schritt vorwärts auf der Bahn dramatischer Kunstentwickelung, indem sie die Bühne allgemach von dem Joch des reisenden Virtuosenthums befreien helfen wird. — Seitdem die Meininger mit ihrem Ensemble den Anfang gemacht, seitdem mehrten sich die Gesammt-Gastspiele, und Wien und Paris, sowie Italien folgten ihrem Beispiele. Zu diesen gesellte sich aber nun ein neues und zwar in seiner Gestalt einzig dastehendes dazu: „Die Meininger des Hochgebirges", oder „Die Münchner", wie sie sich einfach selbst bezeichnen. Als Dr. Hermann Schmid, der gemüthvolle Novellist, die Direktion des königlichen Theaters am Gärtnerplatz in München übernahm, wurde den baierischen Volksstücken eine besondere und überaus fruchtbringende Pflege zu Theil. Unter den Augen des Dichters wurde ein Ensemble herangebildet, welches durch jahrelanges Zusammenwirken der Mitglieder einen hohen Grad der Vollendung erreichte. Angeregt durch ihre heimischen Erfolge faßten die „Münchner" den Entschluß, es mit ihren volksthümlichen Darstellungen in der Fremde zu versuchen. Aber auch der Zweifel hatte ein Recht, ein ernstes Wort mitzusprechen und er machte tüchtig Gebrauch davon: „Wenn man Euch nur auch versteht, wenn der baierische Dialekt nur dem des Norddeutschen zugänglich wird, wenn nur überhaupt der Großstädter Geschmack an den Bildern findet, die das Leben des Landvolkes und der Bergbewohner zur Anschauung bringen!? So sprach der Zweifel — aber er verstummte nach der ersten Aufführung der Herm. Schmid'schen „Z'widerwurz'n" in Berlin. Der Erfolg des Münchner Gastspieles gleich am ersten Abend überragte die kühnste Erwartung, denn eine freundlichere Aufnahme, ein tieferes Interesse für die Sache hätte Niemand fordern können. Das war nicht der gewisse Tributbeifall, den man gewöhnlich zollt, weil es Sitte ist oder Gewohnheit, nein, das war ein Beifall, der von Herzen kam. Diesem schloß sich die Berliner Kritik mit einer geradezu frappirenden Einstimmigkeit an und keine Autorität auf dem publizistischen Felde ließ es sich nehmen, den Münchnern, und ihren Meister-Gastspielen (im besseren Sinne), Worte höchster Anerkennung zu spenden. Ermuthigt durch diese progressiven Erfolge, kehrten die „Münchner" mit jedem Frühjahr nach Berlin zurück — immer weiter dehnten sie ihre Ensemble-Gastspiele aus und wiederholt erscheinen sie auch in Dresden, Hamburg, Breslau, Hannover, ferner in Köln und Leipzig rc. als hochwillkommene Gäste. Das Repertoir der „Münchner" umfaßt lediglich Volksstücke in oberbaierischer Mundart, die Schauspieler selbst, durchweg Süddeutsche, wissen sich völlig in die Eigenart des nationalen Charakters, dessen Typen sie auf der Bühne darstellen, zu versenken und reproduziren bei allem Realismus, den der Genre wohl bedingt, mit außerordentlicher Feinfühligkeit. Was den Vorstellungen der Münchner den hauptsächlichsten Reiz verleiht und ihren Darstellungen des oberbaierischen Volksstückes das Prädikat „vollendet" mit Recht verschaffte, ist die Harmonie, sowohl in Bezug auf durchweg korrekte Wiedergabe des heimathlichen Dialektes, genauer Kenntniß der nationalen Sitten und Gebräuche, echter Gesänge und Tänze, die durch ein vorzügliches szenisches Arrangement gehoben, einen ungemein fesselnden Eindruck hervorbringt. In gleicher Weise sind es die prächtigen naturgetreuen Dekorationen (aus dem Atelier des königlichen Hoftheatermalers Angelo Quaglio in München), ferner die bis in's kleinste Detail Originalskizzen nachgebildeten Kostüme und Requisiten, welche die Münchner mitführen und so ein schauspielerisches wie malerisches Gesammtbild herstellen, das den Genuß völliger Illusion schafft, ohne sich anderer, als der natürlichen Mittel zu bedienen. Wir schließen mit dem kritischen Streiflichte einer unserer bedeutendsten Schriftsteller, der wörtlich über die baierischen Schauspieler äußert: „Der Genuß, den uns diese Aufführungen gewähren, kann uns eben nur von den Münchnern geboten werden. Ihre Stücke, deren Darstellung, der Dialekt, der Gesang, der Tanz — alles das ist ihr unveräußerliches Eigenthum. Unter den 24 Schauspielern ist nicht ein einziger, der nicht in seiner Weise Vortreffliches leistete." Die „Münchner" beginnen ihr hiesiges auf 14 Tage berechnetes Gastspiel am 16. April und machen wir unsere Leser auf diese erlesene Künstlerschaar bei Zeiten aufmerksam.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Die Jüdin." Große Oper in 3 Akten. Bellevuetheater: Vier Jahrhunderte: 1) „Das heiß Eysen." 2) „Die ehrlich Bädin mit ihren drei vermeinten Liebsten." 3) „Hans Wurst, der traurige Küchelbäcker und sein Freund in der Noth." 4) „Frauen-Emanzipation."

Magdeburg. Voraussichtlich haben wir die Erbauung und Eröffnung eines neuen Sommertheaters im „Tiarapark" zu erwarten. Der Besitzer desselben plant den Ausbau in Holzfachwerk. In rayonpolizeilicher Hinsicht sind ihm keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden, so daß auch die baupolizeiliche Erlaubniß zweifellos sein dürfte. Die Ausführung dieses mit allen nöthigen Bequemlichkeiten vorgesehenen Baues, welcher etwa 1200 Personen fassen wird, soll sofort in Angriff genommen werden. Das Gebäude erhält eine Länge von 50 m, eine Breite von 37 m und eine Höhe bis zur First von 7 m. Die Leitung des Theaters wird in die Hände des Herrn Theaterdirektors Varena gelegt.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 8. April. Der zwölfjährige Knabe Kakuschke, welcher in der Mühlenstraße Nr. 38 bei seinen Eltern wohnte, hat am 7. d. Mts. früh um 5 Uhr in Folge eines bösen Traumes seinen Tod gefu… Der Knabe schlief in einem Zimmer mit seinen …n und sprang nach 4 Uhr Morgens im Bette plö… mit den Worten auf: „Hülfe, Hülfe, sie ers… mich!" Die Mutter wurde durch diesen Ruf au…n Schlafe erweckt und eilte sofort nach dem neb…einem Fenster stehenden Bett ihres Sohnes. Diese…er hatte sofort, nachdem er aufgesprungen war, …en Fensterflügel geöffnet und als die Mutter an d…Bett herankam, sprang der schlaftrunkene Knabe … Fenster hinaus drei Stockwerke herab auf den …ersteig der Straße. Am Kopfe und an der Brust …er verletzt, blieb der Knabe bewußtlos liegen u… ein schleunigst herbeigerufener Arzt konnte nur die …ptlichkeit der Verletzungen konstatiren. Der arme …abe, welcher nicht mehr im Stande war, über …n Traum, der ihn in den Tod geführt hatte, ein…uskunft zu ertheilen, starb eine Stunde darauf i…n Armen seiner tiefbetrübten Eltern.

— Zu den Ost…bädern, die trotz mannigfacher Vorzüge noch …mer nicht recht gewürdigt werden, gehört u. A. auZingst, das von Stralsund aus per Dampfer ganz kurzer Zeit erreicht wird. Der Ort hat 230… Einwohner, deren Schifffahrt früher so einträglich …, daß sie sich in ihren zerstreut liegenden Gärten … stattliche Wohnhäuser erbauen konnten, in welche sie jetzt gern Badegäste aufnehmen möchten. Zingst liegt dem Badestrande ganz nahe und hat einen kräftigen Wellenschlag, auch bei jeder Windrichtung gute…t, da es ringsherum nur von Wasser und Wald …geben ist. Außerdem hat die Ostsee hier sehr star… Salzgehalt, da in meilenweiter Entfernung kein …ß mündet. Bei all diesen Vorzügen waren bisher …ie Hotel und Wohnungspreise noch ziemlich mäßig und eine Kurtaxe wurde gar nicht erhoben, obgleich für Bepflanzung der Wege viel gethan worden ist.

— **Der Prinz Napoleon** bemerkte jüngst, so erzählt die „Neue Züricher Ztg. einigen Abgeordneten gegenüber: „Ich bin arm, ich besitze nicht das Geld der Orleans". **Diesen Ausspruch** scheint seine Reise nach Prangins zu bestätigen. Seit seiner Ankunft in diesem Orte entließ er alle seine alten Diener, u. A. auch seinen alten Verwalter, der ihm 22 Jahre treu gedient und im Kriege vom Jahr 1870 die Kasse des Palais Royal gerettet hatte. Diese Maßregeln habe der Prinz aus Sparsamkeit getroffen, denn von dem großen Vermögen, das seine Familie einst besaß, soll nur noch ein kleiner Bruchtheil vorhanden sein. Die geschichtlichen Gegenstände, die an die Kaiserperiode erinnerten, seien aus seinen Gemächern verschwunden und von den herrlichen Wandgemälden, die den König Jerome und den Prinzen Napoleon darstellten, sei keines mehr vorhanden.

London, 5. April. Der verstorbene Herzog von Albany hat sein Vermögen im Betrage von ca. 20,000 Pfd. Sterling seiner Wittwe letztwillig vermacht und Lord Brooke, seinen intimsten Freund und Studiengenossen, sowie Mr. Collins, seinen früheren Erzieher, zu Vollstreckern seines Testaments ernannt. Die Herzogin von Albany wird einen lebenslänglichen Wittwengehalt von 6000 Pfd. Sterl. per annum beziehen und wird ihr wahrscheinlich Claremont als Wittwensitz zugewiesen werden.

— (Eine eigenartige Epidemie.) In dem kleinen Orte Hamm bei Worms mußten die Schulen geschlossen werden, da unter den Mädchen der Veitstanz ausgebrochen ist; es wurden 28 Mädchen von der schrecklichen Krankheit befallen.

Telegraphische Depeschen.

Petersburg, 9. April. Wie die „Nowosti" melden, wurde bei Gelegenheit einer Privatklage in dem Senat die Frage erörtert, ob Juden auf Grund der jetzigen Juden-Ordnung angehalten werden können, diejenigen Immobilien zu verkaufen, welche sie vor dem Erlasse dieser Ordnung erwarben, zumal wenn sie zur Zeit der Erwerbung der Immobilien Zunfthandwerker waren, jetzt aber kein Handwerk betreiben. Der Senat hätte sich hierbei dahin ausgesprochen, daß der betreffende Verkaufszwang unzulässig sei, auch in dem Falle, wenn Juden als Handwerker die Immobilien erwarben. Allerdings verlieren diejenigen Juden, welche ein Handwerk aufgegeben haben, sobald sie von dem Handwerkeramt aus der Mitgliederliste gestrichen sind, das Recht, sich außerhalb des Bezirks ihrer beständigen Ansässigkeit aufhalten zu dürfen, des Besitzrechtes auf das Eigenthum, welches sie in gesetzlicher Weise erwarben, begeben sie sich dadurch jedoch nicht.

Bukarest, 8. April. Der Senat votirte einstimmig eine Motion, den Ministerpräsidenten Bratiano zu ersuchen, seine Entlassung zurückzunehmen. Die Deputirtenkammer beschloß gleichfalls mit 98 Stimmen (bei 25 Stimmenenthaltungen) ein Vertrauensvotum für Bratiano. Man glaubt, Bratiano werde in Folge dieser Beschlüsse auf seinem Posten verbleiben.

Bukarest, 9. April. In Folge der Vertrauensvoten des Senats und der Kammer hat der Ministerpräsident Bratiano seine Demission zurückgezogen.

Rom, 8. April. Die Konvention, nach welcher der Betrieb des adriatischen Eisenbahnnetzes der Gesellschaft der süditalienischen Eisenbahnen übertragen wird, ist heute unterzeichnet worden.

Halifax, 9. April. Ueber den Untergang des Dampfers „Daniel Steinmann" ist die offizielle Untersuchung eingeleitet worden. Die Taucher haben keine Leichen bei dem Wrack gesehen, man nimmt an, daß dieselben durch eine submarine Strömung in das Meer hinausgeführt sind. Ein Theil der Ladung ist gerettet.

London, 9. April. „Daily News" wollen wissen, die Regierung hätte dem General Gordon von Neuem die Räumung Khartums anempfohlen, Gordon habe diesen Rath aber abgelehnt und Vertrauen auf den Erfolg seiner Mission ausgesprochen.